

Anfrage in der **Fragestunde** an Frau Stadträtin Elke Kahr, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **23. Jänner 2014** von Gemeinderätin Andrea-Michaela Schartel

Sehr geehrte Frau
Stadträtin
Elke Kahr
Rathaus
8011 Graz

Graz, am 21.01.2014

Betreff: Wohnungen für Pendler
Fragestunde

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

In der Zeitung „Meine Woche Graz“ ließen Sie mit dem Vorschlag aufhorchen, Wohnungen für Pendler zur Verfügung zu stellen. Finanziert soll das Ganze aus einem Wohnungsfonds werden, der durch Wirtschaftskammer, Gewerkschaftsbund, Arbeiterkammer, Industriellenvereinigung sowie von Stadt und Land gespeist werden soll. Einerseits sollte ein solcher Fonds selbst Wohnungen erwerben können bzw. bauen, um den betroffenen Menschen günstige, möblierte Apartments zur Verfügung zu stellen, oder aber andererseits sollte dieser Fonds Pendler finanziell am Wohnungsmarkt unterstützen.

Dies alles klingt grundsätzlich verlockend und könnte auch eine unterstützende Lösung für den Kampf gegen den Feinstaub darstellen. Allerdings ist damit auch ein erheblicher Verwaltungsaufwand verbunden, der in ein konkretes rechtliches Regelwerk eingebunden sein muss.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:

Welche rechtlichen Schritte sind innerhalb Ihrer Ressortzuständigkeit angedacht, um dieses Projekt durchführen zu können und um rechtlichen Missbrauch ausschließen zu können?